Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition: Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 588. Sonnabend den 17. November 1894. 88. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 18. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 9. laufenden Monats, den Agenten

Georg Peter Hetzel

betreffend.

Leipzig, den 14. November 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig. Armen-Amt, Abth. IVa.

A. R. IVa, 1361 c. Deutschel. Hr.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 14. Juni dieses Jahres, den Handarbeiter Carl Louis Max Eylenstein betreffend.

Leipzig, den 14. November 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig. Armenamt, Abth. IVa.

A. R. IVa. 1307 c. Deutschel Hr.

Für den **Neubau des Trainwagenhauses** zu Möckern sollen im Wege öffentlicher Ausschreibung: **„Loos IX. Entwässerungs-(Beschienungs-)Arbeiten, Loos X. Pflaster-Arbeiten, Donnerstag, den 22. November 1894, Vormittags 10 Uhr bezw. 11 Uhr** im Geschäftszimmer des Garnison-Bauamtes verdungen werden. Daselbst liegen die Zeichnungen und Massenberechnungen zur Einsicht aus und können die Verdingungsunterlagen gegen Erstattung der Selbstkosten entnommen werden. Angebote mit der Aufschrift: „Loos IX. Entwässerungs-Arbeiten, bezw. Loos X. Pflaster-Arbeiten, für das Trainwagenhaus Möckern" sind verfiegelt und postfrei bis zu obigem Zeitpunct einzureichen.

Leipzig, den 16. November 1894.

Der Königl. Baubeamte.

Die Stellung der Deutschen in Oesterreich.

Es ist bekanntlich für den Fremden nicht leicht, sich ein Urtheil über österreichische Parteiverhältnisse zu bilden, da wegen der großen Zahl der Fractionen und bei den sich oft diametral widerstreitenden Interessen derselben der Fäden zu viele sind, als daß man sie, die sich so vielfach kreuzen und nicht selten verwirren, alle zu übersehen vermöchte. Aus diesen Fäden spinnt sich jede Frage, auch die heikle Nationalitätenfrage zusammen. Eine, wie uns scheint, objective, manches aufklärende und in deutsch-liberalen Kreisen beruhigende Beleuchtung der Lage bringen folgende Ausführungen eines Mitgliedes der „Vereinigten deutschen Linken" in dem „Deutschen Wochenblatt", die namentlich die viel angefeindete Haltung der Regierung in Sachen des Cillier Gymnasiums wenigstens in der Hauptsache begreiflich machen dürften:

Als im November 1893 das Ministerium Taaffe fiel und mit ihm ein System, welches 14 Jahre lang zum Unsegen des Deutschthums in Oesterreich geherrscht hatte, war dies nur durch ein Zusammengehen der „Vereinigten deutschen Linken" mit den Polen und dem conservativen Centrum erreicht worden, und es wurde darauf der Versuch gewagt, diese Coalition wenigstens so lange zu erhalten, um mehrere dringend nöthige Reformgesetze — eine Reform der directen Steuern, des Strafgesetzes, des Civilprocesses, des Gewerberechts und vor Allem eine unerläßlich gewordene Erweiterung des politischen Wahlrechts — möglich zu machen. Die „Vereinigte deutsche Linke", die den Ruf der Bevölkerung nach diesen Reformen voll würdigte, erklärte sich dazu bereit, in der Hoffnung, durch zwei ihrer Vertreter im Ministerium wenigstens einen Theil jenes Einflusses zu gewinnen, der so lange gegen die Deutschen mißbraucht worden war, und unter der Voraussetzung, daß inzwischen sowohl jede nationale Aggression, als auch alle Angriffe auf die fortschrittlichen Grundlagen des Staates unterbleiben, d. h. ein Waffenstillstand auf der Basis des uti possidetis eintreten werde. Er wurde zugestanden. Man täuschte sich nicht über die Schwierigkeit des Experiments, doppelt schwierig in einem durch zahllose sich kreuzende Volks- und Classeninteressen erfüllten Lande. Die „Deutschnationalen" blieben, schon um ihre Sonderstellung zu markiren, der Coalition fern und verwanden es schlecht, die „Liberalen", wenn auch nur als Theilhaber, in der Macht zu erblicken. Es war vorauszusehen, daß sie jede auftauchende nationale Frage mit verdoppeltem Eifer aufgreifen würden. Eine solche ergab sich mit dem Falle Cilli.

Im Jahre 1889 wurden am Gymnasium zu Marburg an der Drau, einer steirischen Stadt mit 17 000 Deutschen und 2500 slovenischen Einwohnern, aus Rücksicht auf deren slovenische Umgebung (80 000 unter 90 000 Seelen der Bezirkshauptmannschaft) vier slovenische Parallelclassen am Untergymnasium errichtet, und ein gleicher Wunsch der Slovenen Cillis, die ein Viertel der Einwohner in der Stadt und die übergroße Mehrheit im Bezirke bilden, mit der Motivirung verschoben, man müsse zunächst die Resultate in Marburg abwarten, könne daher nicht vor vier Jahren an Cilli denken. Diese Frist lief nun im verflossenen Jahre und fast zu der Zeit ab, als mit dem Grafen Taaffe auch der Unterrichtsminister Gautsch fiel, und der Pole von Madeyski, dessen deutsch-freundliche Gesinnung der Linken längst bekannt war, als ein Mann ihres Vertrauens das Unterrichtsportefeuille erhielt. Kurz nach seinem Amtsantritte tauchte die slovenische Forderung nach den Parallelclassen am Untergymnasium zu Cilli, unter Hinweis auf Marburg, auf und erhielt dadurch einen scharfen Beigeschmack, daß Graf Hohenwart selbst, der durch seinen Abfall von Taaffe die Coalition überhaupt erst ermöglicht hatte, sich in der Frage stark engagirt zeigte. Graf Hohenwart ist von Slovenen gewählt und hält es für seine Aufgabe, den radicalen Jungslovenen gegenüber, die mit den Kroaten große südslavische Pläne spinnen, die verfassungstreuen Altslovenen in der Bevölkerung zu stützen. Das geschah unter dem früheren Ministerium durch verschiedene nationale Gefälligkeiten, darunter eben auch die Parallelclassen in Marburg und das Versprechen für Cilli. Mit dem letzteren hatten nun schon seit 4 Jahren die Altslovenen ihre Wähler beruhigt, welche immer schwerer die ungleiche Behandlung der slovenischen Schüler in Cilli ertrugen, die bisher vor der Aufnahme in das deutsche Gymnasium ein Vorbereitungsjahr zur Erlernung des Deutschen, also 9 Schuljahre anstatt 8, zu absolviren hatten. Auf diesen Rest aus früherer Zeit glaubte Graf Hohenwart nicht verzichten zu können, ohne sein Prestige zu gefährden, und war eher zur Mandatsniederlegung bereit. Eine solche aber hätte den Zerfall der Coalition kurz nach ihrem Entstehen, d. h. das Scheitern einer Combination bedeutet, die zwar Taaffe zu stürzen, jedoch nichts Lebensfähiges an seine Stelle zu setzen gewußt hätte, möglicherweise sogar die Wiederkehr dieses Mannes selbst an die Regierung. Eine solche Verantwortung mochte der Unterrichtsminister nicht auf sich nehmen, und der starke nationale Sinn des Polen ließ ihm wohl auch die Gefahr, welche einer deutschen Stadt von 6 oder 7 slavischen Gymnasiallehrern drohen könne, nicht allzu groß erscheinen: er versprach daher in einer Sitzung des Budgetausschusses im März d. J., die Zusage seines Vorgängers einzulösen, nicht aber ohne für das klaffige Verhalten der Regierung in derlei Schulfragen den bindenden Grundsatz aufzustellen, es würden in gemischtsprachigen Ländern und Städten nur dann zweite Schulen errichtet werden, wenn beide nationale Parteien des Landes sich darüber zu einigen vermöchten.

Die Deutschen Cillis und ihr Abgeordneter Dr. Foregger, der ehedem zur deutsch-nationalen Fraction gehört, dann aber deren Fahne verlassen und sich als Wilder erklärt hatte, beurtheilten anfänglich die Sache ziemlich nüchtern, namentlich als sie hörten, daß für Cilli nicht an Parallelclassen gedacht werde, die, da die Deutschen in Steiermark durchwegs der slovenischen Sprache unkundig sind, einen slovenischen Director für das ganze Gymnasium mit sich bringen würden, sondern nur an ein selbstständiges slovenisches Untergymnasium als Vorbereitung für das deutsch vortragende Obergymnasium. Ja, man kann mit ziemlicher Sicherheit behaupten, wäre die Sachlage sofort nach der Gründung der Coalition bekannt geworden, man hätte dieses letzte Glied einer langen Kette von Bevorzugungen slavischer Tendenzen, des Endes froh, mit Resignation hingenommen. Da aber die Vorgeschichte dem öffentlichen Urtheile verborgen blieb, und erst vier Monate nach dem Amtsantritt des neuen Ministeriums die Concession an die Slovenen von Cilli als etwas Neues an die Oberfläche trat, erblickte das deutsche Volk in ihr einen Bruch des eingegangenen Gottesfriedens und empörte sich dagegen. Also ist, fragte man, die Aera der nationalen Uebervortheilungen der Deutschen noch nicht zu Ende? Man begann zu zweifeln an der Zweckmäßigkeit und Aufrichtigkeit der neuen politischen Gestaltung, und die „Vereinigte deutsche Linke", welche den nationalen Waffenstillstand unterzeichnet hatte, gerieth in nicht geringe Verlegenheit. Nun thaten die „Deutschnationalen", die über die meisten nichtklerikalen Mandate in der grünen Steiermark verfügen, das Ihrige, um die Mißstimmung in der Bevölkerung zu erhöhen, vor Allem in Cilli selbst, wo dieselbe während des Sommers derart anwuchs, daß nunmehr auch der Abgeordnete der Stadt ihr in einer besonderen Broschüre „Zur Cillier Gymnasialfrage" Rechnung tragen zu müssen glaubte. Ja, die Agitation griff weit über Steiermark hinaus, und auf dem Vertrauensmännertage der Deutschen Böhmens am 14. October in Prag stellten drei deutschnationale Abgeordnete die These auf, es sei nicht nur der für das neue slovenische Untergymnasium eingestellten Budgetpost die Zustimmung zu verweigern, sondern auch die Coalition durch den Austritt aller deutschen Deputirten aufzulösen. Den ersten Satz hatte die der „Vereinigten deutschen Linken" treue Mehrheit dieser Versammlung selbst zum Beschluß empfohlen, er wurde einstimmig acceptirt; der zweite aber, die Coalition betreffend, wurde mit immenser Majorität, etwa 300 gegen 3 Stimmen, verworfen. Und das war nichts Unbegreifliches dort, wo man aus nächster Nähe hatte beobachten können, mit welchem Interesse die Tschechen, alt und jung, den Cillier Fall verfolgten und mit welcher Befriedigung sie ihn zu so großer politischer Bedeutung heranwachsen sahen. Läßt es sich doch feststellen, daß in demselben Maße, in welchem die südsteirische Schulfrage den Unmuth der Deutschen erregte und vermehrte, die führende slavische Partei in Böhmen und Mähren in ihrem Auftreten milder wurde. Der Schein des böhmischen Staatsrechts fing plötzlich an, in den Reden jungtschechischer Vertreter zu verblassen, in der Delegation zu Pest klang ihre Opposition maßvoller als je, und es wurde ihr Bestreben deutlich, das Emporschießen einer national-radicalsocialistischen Fraction der Jüngsten im Lande (Omladina) als Relief zu benutzen, um sich sittsam abzuheben und für eine neue Combination auf der Rechten des Wiener Parlaments zu empfehlen. Daß eine solche, wenn die Deutschen die Coalition kündigten, nur auf deren Kosten zu Stande kommen könnte, ist Allen klar, die sich des „eisernen Ringes" der achtziger Jahre und seiner drückenden Fesseln zu entsinnen wissen, und darum geht heute der Entschluß der „Vereinigten deutschen Linken" und ihrer Vertrauensmänner dahin, die Sache der Coalition nicht zu verlassen, wohl aber mit den entsprechenden parlamentarischen Mitteln dahin zu wirken, daß die Gefahr, die den Deutschen in Cilli droht — möge sie nun groß oder klein sein — doch noch abgewendet werde.

Diese Ausführungen haben zweifellos viel für sich. Die österreichische Regierung konnte nicht wohl anders als das „Cillier Versprechen" einlösen, aber den doppelten Vorwurf kann man ihr nicht ersparen, daß sie die Cillier Angelegenheit nicht im richtigen Zeitpuncte auf die Tagesordnung gebracht, und daß sie durch das unnöthige Aufrollen der ihrerseits Sprachenfrage dem kaum einigermaßen beschwichtigten Bedenken der „Vereinigten deutschen Linken" von Neuem Nahrung gegeben hat. Es ist sehr zu wünschen, daß sie in Zukunft in der Behandlung der Nationalitätenfrage und speciell der deutschen Wählerschaft eine geschicktere Hand zeige, sonst kann es kommen, daß die Coalition über Nacht zusammenbricht.

Deutsches Reich.

-g- **Leipzig**, 16. November. Lothringische Blätter melden, die wegen Spionage verhaftete Frau Jömert, gegen welche bekanntlich ein Verfahren am Reichsgericht anhängig ist, werde binnen Kurzem aus der Haft entlassen werden, es stehe zur Zeit nur noch die Genehmigung „von höchster Stelle" aus; es werde nur ein Ausweisungsbefehl gegen sie erlassen werden. Die genannten Blätter behaupten auch, daß dieser Ausgang der Angelegenheit wesentlich auf den Einfluß des jetzigen Reichskanzlers zurückzuführen sei. — Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen ist ein Beschluß des Reichsgerichts im Falle Jömert bis zur Stunde noch nicht gefaßt worden, doch steht ein solcher in den nächsten Tagen zu erwarten. Unrichtig ist, daß ein Ausweisungsbefehl gegen Frau Jömert werde erlassen werden, da Frau Jömert gar nicht in Deutschland wohnt, sondern in Pagny; sie ist bei einem gelegentlichen Aufenthalt auf deutschem Boden verhaftet worden. Daß das Reichsgericht seine Entschlüsse nicht auf irgend welche Einflüsse hin faßt, versteht sich von selbst; also auch in dieser Beziehung ist die Nachricht der lothringischen Blätter, der neue Reichskanzler habe zu Gunsten der Frau Jömert interveniert, unrichtig.

* **Leipzig**, 16. November. Das Reichsgericht hat die Revision des Buchhändlers Glötz in Dresden gegen die am 25. Juni cr. wegen Beleidigung des damaligen Reichskanzlers Grafen v. Caprivi erfolgte Verurtheilung zu 500 ℳ Geldstrafe verworfen. Den ausführlichen Bericht über diese Entscheidung finden die Leser unter der Rubrik „Reichsgerichtsentscheidungen".

□ **Berlin**, 16. November. In welchen Widersprüchen sich die Socialdemokratie bewegt, das hat der Frankfurter Parteitag u. A. bei der Behandlung der Frage der Entlohnung der Buchdrucker gezeigt. In einzelnen Parteidruckereien war den Arbeitern, die am 1. Mai gefeiert hatten, der Lohn für diesen Tag abgezogen worden, deshalb hatten „Genossen" von Frankfurt a. M., Offenburg und Baden beantragt: „Der Parteitag möge beschließen, daß es das Parteiprincip verlangt, daß in allen Geschäften, wo für die Partei Arbeiten hergestellt werden, der 1. Mai als Feiertag erklärt und sämmtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern die Bezahlung als Feiertag zugesichert wird." Auer dagegen beantragte, der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß das vorstehend Begehrte gewährt werde. Er motivirte diesen Antrag damit, daß die Partei keine Mittel hätte, auf die Privatdrucker einen Zwang auszuüben, resp. sie zur Bezahlung des 1. Mai zu zwingen. Beide Anträge wurden schließlich abgelehnt, dagegen folgender, von einem Delegirten aus Aschersleben gestellter Antrag angenommen: „Da wir uns im Princip gegen jede Accordarbeit wenden, so möge der Parteitag beschließen, daß in allen Druckereien, in welchen Parteiblätter hergestellt werden, die Accordarbeit abgeschafft werden muß." Dieser Antrag gelangte ohne Discussion zur Annahme. Warum sprach Herr Auer nicht auch gegen diesen Antrag, in dem, gleich dem Frankfurter Antrage, ein Zwang gegen die Privatdruckereien geforderet wird? Er scheint es sonach doch für durchführbar zu halten, einen Druck auf die in Rede stehenden Officinen ausüben zu können. Meint jedoch Herr Auer im Ernst, daß die socialdemokratische Parteileitung den von ihr abhängigen Druckereien keine Vorschriften machen könne, wie kommt er, als Vorsitzender der Bierboycottcommission, dazu, den 32 Berliner Brauereien wegen ihrer Arbeiter Vorschriften machen zu wollen?

△ **Berlin**, 16. November. Den Fortschrittlichen ist der Geschäftsplan, wonach dem Reichstag vor Weihnachten nur die Vorlage gegen die Umsturzbestrebungen zugehen soll, die Etatsberathung aber bis nach Neujahr verschoben wird, anscheinend sehr unangenehm. Die von Herrn Richter gewünschten geschäftlichen Anordnungen werden damit durchkreuzt. Derselbe wollte gleich mit einer unendlichen Generaldebatte über den Etat beginnen, die sich über sämmtliche Zeitfragen verbreitete, die Berathung der vorliegenden großen Gesetze verzettelte und zersplitterte, die Entscheidung über die Umsturzfrage und die Steuerreform ins Uferlose hinausschob und schließlich in allgemeiner Ermüdung und Zerfahrenheit die Session wieder ohne praktisches Ergebniß zu Ende kommen ließ. So hat er es im vorigen Jahr fertig gebracht, daß die Steuerreform in ihren wichtigsten Bestandtheilen nicht einmal einer ernsthaften Berathung im Reichstag unterzogen wurde. Dieses Concept wird ihm jetzt einigermaßen zerrissen. Man wird erwarten dürfen, daß jetzt die Vorlagen wenigstens ernsthaft berathen werden, daß so rasch wie möglich auf das Ziel losgeschritten und eine Entscheidung, sei es nun so oder so, herbeigeführt wird. Herr Richter scheint für die bevorstehende Etatsberathung eine ganz unerhörte Ausdehnung zu beabsichtigen, obwohl der Reichshaushalt diesmal voraussichtlich so wenig Momente bieten wird, daß er bei sachlicher Behandlung rasch erledigt werden könnte. Die „Freisinnige Zeitung" meint, daß der Reichstag sich zwischen Neujahr und Ostern ununterbrochen nur noch mit Etatsberathungen beschäftigen müsse, wenn der Abschluß rechtzeitig vor dem 1. April erfolgen soll. So kann es freilich kommen, wenn jedes Jahr die Unsitte ärger wird, die Etatsberathung mit hundertertlei ganz fernliegenden Erörterungen zu bepacken und die politische Welt mit der alljährlichen Wiederholung desselben Redeschwalls zu langweilen. Die immer wachsende Ausdehnung und Verödung der Etatsberathung ist der Krebsschaden im parlamentarischen Geschäftsgang und führt zur Verschleppung nützlicher Angelegenheiten. Diese Obstruction treiben die Parteien der äußersten Linken mit besonderer Vorliebe.

‖ **Berlin**, 16. November. In der Rede, mit welcher der Staatssecretair des Reichsschatzamtes im Reichstage die Erörterung über den Entwurf zum Reichshaushaltsetat einzuleiten pflegt, wird regelmäßig neben der Darstellung der finanziellen Ergebnisse des letztverflossenen Etatsjahres, die im feststehenden Zahlen vorliegen, auch eine Schätzung der Ergebnisse des laufenden Etatsjahres gegeben, welche für die Beurtheilung der finanziellen Verhältnisse insofern von Wichtigkeit ist, als sie deren nächste Entwicklung erkennen läßt. Auch bei der Vorlegung des Reichshaushaltsetats für 1895/96 dürfte von diesem Brauche nicht abgewichen werden, nur wird sich dabei insofern gegenüber den früheren Eröffnungen der Etatsdebatte eine Aenderung ergeben, als es möglich sein wird, den Schätzungen die Ergebnisse eines längeren Zeitraums zu Grunde zu legen und sie dadurch noch zuverlässiger als bisher zu gestalten. Gewöhnlich konnten hierzu nur die Zahlen benutzt werden, welche bis zum Ende des Monats October vorlagen. Diesmal wird es mindestens möglich sein, auch noch den November des laufenden Jahres, vielleicht gar den December in das Calcul einzustellen. Ob letzteres der Fall sein kann, hängt lediglich von dem Zeitpunct der Einbringung des Reichshaushaltsetats beim Reichstage ab. Bekanntlich ist man in Erwägungen darüber eingetreten, den Etat erst nach den Weihnachtsferien einzubringen. Wie immer aber diese Frage entschieden wird, auf jeden Fall wird diesmal der Schätzung der finanziellen Schlußergebnisse des laufenden Etatsjahres ein längerer Zeitraum als gewöhnlich zu Grunde gelegt werden können.

Y. **Berlin**, 16. November. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin waren zur gestrigen Abendtafel im hiesigen Schlosse mit dem Prinzen Heinrich von Preußen und dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg vereinigt. Um 11 Uhr 16 Min. kehrte das Kaiserpaar von hier nach dem Neuen Palais zurück. Heute früh unternahm es den gewohnten Spazierritt. Von 10 Uhr Vormittags an hielt der Kaiser eine Jagd auf Fasanen im Wildpark ab, zu welcher keine Einladungen ergangen waren.

B. **Berlin**, 16. November. (Privattelegramm.) In einem Artikel über die gestern geschlossene **Generalsynode** schreibt die „Nat.-Ztg.": „Man wird der gestern geschlossenen außerordentlichen Generalsynode nicht Unrecht thun, wenn man sagt, daß in der wichtigsten Frage ihrer Verhandlungen, derjenigen, für welche sie eigentlich einberufen war, ihre Beschlüsse den Absichten der Mehrheit keineswegs entsprochen haben. Wäre es nach diesen gegangen, so würde die Agende und das Einführungsgesetz zu ihr eine Form erhalten haben, wodurch den Kirchlich-Liberalen, und zwar Geistlichen wie sonstigen Gemeinde-Mitgliedern, die Wahl gestellt worden wäre: Unterwerfung unter den Willen der Orthodoxie oder Ausscheiden aus der Landeskirche. Darüber haben die Vorgänge und öffentlichen Erörterungen nach der Publication des ersten Entwurfs der Agende keinen Zweifel gelassen; es ist damals von den Organen der Orthodoxie, politischen wie kirchlichen, auch offen ausgesprochen worden. Aber was schon der zweite Entwurf und die vorgeschlagene Fassung des Einführungsgesetzes erkennen ließen: daß nämlich der Widerspruch der kirchlichen Linken und der Mittelpartei einen sehr ernsten Eindruck bei der Kirchenregierung gemacht hatte, ward durch die Ansprache des Kaisers an den Vorstand der Synode nach der Eröffnung derselben derart bekundet, daß in der Mehrheit der Muth zur Rückwärtsrevidirung des zweiten Agenden-Entwurfs und zur Abänderung des Einführungsgesetzes im Sinne des Zwanges verschwand. So hat sie ihren Agenden-Feldzug verloren und sich nur am Schluß die kleine Genugthuung bereiten können, gegen eine starke Minderheit den Mann, in dessen Hände sie die Agenden-Angelegenheit zu behandeln gedacht hatte, Herrn Sücker, zu einem der Stellvertreter im Synodalvorstand zu wählen."

B. **Berlin**, 16. November. (Privattelegramm.) Um die Sache der in Magdeburg inhaftirten **Oberfeuerwerkerschüler** steht es, wie die „Nat.-Z." erfährt, zur Zeit so, daß die Voruntersuchung abgeschlossen und die Eröffnung des kriegsgerichtlichen Verfahrens demnächst zu erwarten ist. Ueber den Termin ist noch nichts bekannt.

B. **Berlin**, 16. November. (Privattelegramm.) An der feierlichen Weihe des neuen **Reichstagsgebäudes** wird auch eine Abordnung des österreichischen Reichsrathes theilnehmen. (?)

B. **Berlin**, 16. November. (Privattelegramm.) Wegen einer bei dem **Begräbniß** des Buchbinders Kohlhardt am 12. August d. J. gehaltenen Trauerrede hatte sich der socialdemokratische Abg. **Vogtherr** einen Strafverfolg in Höhe von 50 ℳ zugezogen, weil er in einer ohne Erlaubniß veranstalteten Versammlung unter freiem Himmel (auf dem Begräbnißplatz der freireligiösen Gemeinde) als Redner aufgetreten sei. Vogtherr trug auf richterliche Entscheidung an, da Leichenbegängnisse von dem Begriffe der „Versammlungen unter freiem Himmel" ausdrücklich ausgenommen seien. Der Staatsanwalt hielt seine Auffassung der Sachlage aufrecht, da es jedenfalls mehr um eine politische Demonstration als um Theilnahme am Leichenbegängniß sich gehandelt habe. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und verurtheilte Vogtherr zu 20 ℳ Geldstrafe; es habe sich hier nicht um ein Leichenbegängniß „in der hergebrachten Form", wie das Gesetz sage, sondern um eine „ungewöhnliche" Form gehandelt, da der Angeklagte eine politische Rede gehalten und die Zuhörer dem Verstorbenen zum überwiegenden Theile nicht persönlich, sondern politisch nahegestanden hätten.

B. **Berlin**, 16. November. (Privattelegramm.) Hofprediger a. D. **Stöcker** erschien heute vor dem Schöffengericht unter der Anklage, in 32 Fällen Bedienstete der Stadtmission nicht rechtzeitig zur Krankencasse angemeldet zu haben. Der Angeschuldigte konnte nachweisen, daß nicht die Anmeldung nicht obliege, sondern dem von der Mission eingesetzten Director Hartmann, und wurde deshalb freigesprochen.

B. **Berlin**, 16. November. (Privattelegramm.) Dem bisherigen Director im Reichs-Postamte, Wirklichen Geheimen Rath **Sachse**, ist aus Anlaß seines am 1. October d. J. erfolgten Ausscheidens aus dem Reichsdienste eine ganz besondere Auszeichnung dadurch zu Theil geworden, daß der Kaiser ihm sein Bildniß — eine Nachbildung des bekannten